

**Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer**



GRÜNE im Bezirksrat, R. Grube, Röttgerstr. 14, 30451 Hannover

An den
Stadtbezirksrat Linden/Limmer
- über die Bezirksbürgermeisterin und
über den Fachbereich Zentrale Dienste
Bereich Rats- und Bezirksratsangelegenheiten OE 18.62.10 -
Trammplatz 2, Rathaus
30159 Hannover

Rainer - Jörg Grube
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Röttgerstr. 14
30451 Hannover
Telefon p: 45 47 83
Telefon d: 458 35 74
www.gruene-hannover.de

16. März 2011

Drucks.-Nr. 15-0576/2011

ANTRAG:

Dem von der Bundesregierung geplanten Gesetzesentwurf des Bundesministeriums für Inneres (BMI), nach dem die Bürgerbeteiligung bei Großprojekten in Zukunft eingeschränkt werden soll, ist entgegenzutreten.

**Antrag,
der Bezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung der LHH wird gebeten sich durch hannoversche Bundestagsabgeordnete, den Deutschen Städtetag oder direkt an die Bundesregierung zu wenden, um die Einführung des „Gesetzes zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren (Entwurf des BMI vom 6. Dezember 2010)“ zu beeinflussen und die darin vorgesehene Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten nicht zuzulassen.

Begründung:

Das Bundesministerium für Inneres (BMI), hat im Januar 2011 den Gesetzesentwurf des „Gesetzes zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren (Entwurf des BMI vom 6. Dezember 2010)“ ins Verfahren gebracht, in dem massive Einschränkungen bei der Bürgerbeteiligung vorgeschlagen werden.

In zahlreichen Projekten die unseren Stadtteil und das Umfeld in den letzten Jahren geprägt haben, war eine intensive Bürgerbeteiligung ausgesprochen wichtig für die Teilhabe der Bewohner/innen, die gemeinsame aktive Gestaltung, wie die spätere Akzeptanz. Weitere wichtige Projekte dieser Art stehen demnächst an (Planfeststellung Hochwasserschutz Ihmeufer, Planfeststellung Schleuse Limmer, Stadtsanierung & Wasserstadt Limmer, Hochbahnsteige usw.)

In allen diesen Themenbereichen ist eine Bürgerbeteiligung geplant und von allen Seiten gewollt! Einschränkungen sind auch im Hinblick auf das allgemeine neue und große Interesse bürgerschaftlichen Engagements (wie „Stuttgart 21“) strikt abzulehnen!



Rainer – Jörg Grube